



KREISTAGSFRAKTION
ESSLINGEN

SPD

ROTER FADEN

Newsletter | Winter 2021

SPD Kreistagsfraktion im Landkreis Esslingen

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

wir wünschen Ihnen und Euch ein gutes und gesundes neues Jahr! Ein turbulentes Jahr liegt hinter uns. Corona hat vieles, was uns selbstverständlich erschien, herumgewirbelt. Dies gilt natürlich auch für unseren Landkreis. Die Pandemie beansprucht die volle Konzentration unserer Kliniken wie der Kreisverwaltung. Diesen sicherte der Kreistag geschlossen seine Rückendeckung in Fragen der Pandemie zu.

Gleichzeitig galt und gilt es schon heute, die Weichen für die Zeit nach Corona zu stellen. An vielen Stellen verschärft die Pandemie ohnehin soziale Schieflagen einmal mehr. Als SPD-Kreistagsfraktion setzen wir uns dafür ein, gerade jetzt den Restart für einen Wandel zu nutzen: Wir wollen die sozial-ökologische wie die digitale Transformation wie die Mobilitätswende durch Investitionen in der Krise angehen.

Mit diesem Newsletter wollen wir Ihnen/Euch über unsere Arbeit informieren und herzlich dazu einladen, unsere Arbeit zu begleiten und zu unterstützen.

Zögern Sie deswegen nicht, uns mit Ihrem Anliegen anzusprechen!

Viel Vergnügen mit der Lektüre!

Michael Medla



**SPD-Kreistagsfraktion
im Landkreis Esslingen**

**Fraktionsvorsitzender
Michael Medla**

Die Themen des Newsletters sind..

die Haushaltsberatungen für das Jahr 2021

der Besuch der Fraktion im Neubaur der Albert-Schäffle-Schule, sowie im Freilichtmuseum Beuren

die Reden zur Verabschiedung des integrierten Klimaschutzkonzeptes (IKK), sowie der integrierten Sozialplanung des Landkreises

Berichte zum Mobilitäts- und Ehrenamtsforum, zur digitalen Fraktionsarbeit, sowie zur neuen Homepage

Anträgen zum Pflegebonus, Digitalisierungsagentur, Mietobergrenzen, Biomüllabfuhr

Schwerpunkte der SPD-Fraktion | Überblick

Im Jahr 2020

Unsere Schwerpunktthemen:

Mobilität, die sozial-ökologische wie digitale Transformation und der Einsatz gegen Kinderarmut und für bezahlbaren Wohnraum

Unsere Anträge:

Einführung eines 365€-Tickets - Erster Schritt für Schüler*innen zum School Abo, Festsetzung der Kreisumlage auf 30 Hebesatzpunkte, Bericht zum Zweckverband Breitband, Betreuung von Menschen mit Behinderung und geriatrischen Patienten in Krankenhäusern, Armut sichtbar machen und wirksam bekämpfen, Praxis-Bericht zu Corona-Pandemie in den Schulen des Landkreises, Ehemalige Heim- und Pflegekinder als Teil der Jugendhilfe, Digitalisierungsagentur für den Landkreis, Wöchentliche Bioabfallentsorgung.

Die wichtigsten Erfolge in 2020:

- + Mietobergrenzen werden um 3,6% erhöht. Sie werden spätestens bis Sommer 2021 überprüft.
- + Kreisumlage bei 30 Hebesatzpunkten
- + Wöchentliche Abfallentsorgung in 2020 ermöglichen
- + Bonus für die Beschäftigten der medius KLINIKEN auf den Covid-19-Stationen

Alle Anträge sowie die Haushaltsrede im Volltext online unter www.spd-es.de.

Erfolgreicher Antrag: Corona-Bonus für die Klinikbeschäftigten!

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion | 08.07.2020

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt:

1. Der Landkreis setzt sich im Rahmen seiner kommunalen Spitzenverbände für eine Auszahlung des Pflegebonus in den Kliniken durch den Bund und/oder das Land ein.
2. Der Landrat möge in seiner Funktion als Gesellschafter die medius Kliniken gGmbH dazu auffordern, die finanziellen Konsequenzen einer eigenen Bonuszahlung für die Beschäftigten der Gesellschaft zu prüfen.

Begründung:

Im April preschte Bundesgesundheitsminister Spahn mit einer Forderung nach einer Bonuszahlung für Pflegepersonal vor. Die Prämie sollte als Wertschätzung für Mitarbeitende und ihren Einsatz dienen. Nun soll eine solche Zahlung – entgegen seiner Ankündigung – nicht vorgenommen werden.

Auch die Landesregierung, in diesem Fall der zuständige Gesundheitsminister Manne Lucha, sehen sich offenbar nicht in der Lage eine anderen Bundesländern – bspw. Bayern mit 500€ oder Schleswig-Holstein mit 1500€ - nachkommende Sonderzahlung zu gewähren. Die SPD-Kreistagsfraktion hält dies für einen untragbaren Umstand. Das macht die Enttäuschung über geweckte Erwartungen, wie sie von Mitarbeitenden der medius Kliniken gGmbH im Heute Journal vom 02.07.2020 zum Ausdruck gebracht wurden, nachvoll-

ziehbar. Wir fordern den Landkreis als Klinikträger dazu auf, den Druck auf Bund und Land für eine Bonuszahlung zu erhöhen.

Selbstverständlich gibt es viele Leid- und Leistungstragenden in der gegenwärtigen Pandemie. Aus unserer Sicht darf es aber gerade nicht sein, dass dies zulasten des Pflegepersonals in Untätigkeit ausgeht. Pfleger*innen sind wie weitere in den Kliniken beschäftigte Mitarbeiter*innen vom Druck der Pandemie in besonders starkem Maße Betroffene. Sie standen auch durch die besondere Nähe zu Covid-19 auch unter erheblich höherer psychischer Belastung. Das alles rechtfertigt es unsererseits, hier eine Bonuszahlung vorzunehmen.

Soweit sich die anderen staatlichen Ebenen aus der Verantwortung ziehen sollten, sehen wir es als unsere Aufgabe an, als Landkreis und Klinikträger ggf. selbst einzuspringen. Um für eine seriöse Beratung die erforderlichen Grundlagen zu schaffen, bitten wir die finanziellen Konsequenzen für die medius Kliniken gGmbH sowie für den Gesellschafter Landkreis hierzu aufzuzeigen.

Beschlossen wurde nun ein Bonus für alle Beschäftigte, die auf Covid-19-Stationen aktiv waren.



Digitale Fraktionsarbeit

Unsere Fraktion tagte 2020 mehrfach digital. Auch die Klausurtagung fand erstmals digital statt.



Haushaltsrede 2021

Auszüge aus der Rede des Fraktionsvorsitzenden Michael Medla im Kreistag vom 05.11.2020

Sehr geehrter Herr Landrat,
Sehr geehrte Kolleg:innen,
Liebe Mitbürger:innen,

eine Krise wie die gegenwärtige erfordert allen voran eines: Verantwortung. Wir alle tragen die Verantwortung, mit dem eigenen Verhalten zur Gesundheit anderer, mit dem eigenen Verhalten zu unserem gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen. In diesem Kontext sehe ich die heutige Absage des Kreistags und dieses Format als Zeichen dieser Verantwortung.

Aus dieser Verantwortung heraus halte ich es für äußerst problematisch, wenn sich öffentliche Amtsträger spaltend und verzerrend äußern – oder in ihren Äußerungen eine solche Interpretation zulassen. Derartige Äußerungen wirken sich kaum auf die betroffenen Gruppen direkt, aber umso deutlicher auf die darauffolgende Abgrenzung Dritter aus.

Aus dieser Verantwortung heraus halte ich auch das en Vogue gewordene „Jugendbashing“ für sehr problematisch. Es sind nicht „die Jungen“ oder die Alten, die das Virus verbreiten – sondern die Un-Verantwortlichen jeden Alters, die unsere freiheitliche Ordnung ausreizen und an den Rand der Überforderung treiben.

Die allermeisten jungen Menschen zeigen sich höchst verantwortlich. Und das, obwohl ihnen ihre Jugend durch das Virus gestohlen wird. Ihre Lebens- und Erfahrungsräume leiden in der Krise besonders – vom Auslandsjahr über den Einstieg in Ausbildung oder Beruf bis



hin zur Jugendarbeit und -kultur.

Nun aber zum Haushalt: Die Krise legt Mängel offen und verschärft bestehende Defizite. Genau hier setzen unsere Schwerpunkte an: Wir richten unseren Blick auf die (1) Transformation der Wirtschaft – ökologisch wie digital, die (2) Mobilitätswende und den (3) Einsatz gegen Armut und für bezahlbares Wohnen.

(...)

Last but not least zur Kreisumlage: Unsere Zukunftsfähigkeit hängt von der finanziellen Leistungsfähigkeit ab. Dies gilt für den Landkreis wie für seine Kommunen. In Verantwortung für unsere Städte und Gemeinden sehen wir den Spielraum für eine Senkung der Kreisumlage auf 30 Hebesatzpunkte – ohne das ursprünglich geplante Ergebnis zu unterschreiten und ohne geplante Investitionen des Landkreises zu gefährden. Zugleich stellen wir wie im vergangenen Jahr in Aussicht, bei Umsetzung der skizzierten Zukunftsprojekte mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

Vor uns liegen große Veränderungen – Transformationen, die uns gerade in der Region Stuttgart besonders herausfordern. Als SPD sind wir uns unserer Verantwortung darin bewusst. Wir wollen den Wandel auch als Chance begreifen und die Zukunft aktiv gestalten. Daher freuen wir uns auf die anstehenden Beratungen und das gemeinsame Ringen um die besten Ansätze für unseren Landkreis.

Die ganze Rede finden Sie/findet Ihr online unter www.spd-es.de. Sie wurde erstmals in der Geschichte des Kreistags nicht in der Sitzung gehalten, sondern digital aufgezeichnet und via Youtube veröffentlicht:

Schwerpunkt: Mobilität für Alle

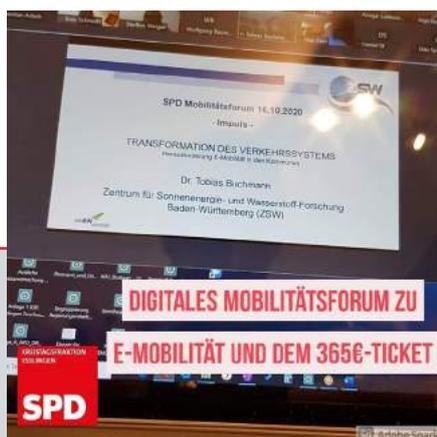
Auszug aus der Haushaltsrede

Die Mobilitätswende ist ein zentrales Element zur Erreichung unser Klimaschutzziele. Ein Bereich, in dem wir als Landkreis unmittelbar aktiv werden können. Der hohe Energiebedarf des Individualverkehrs macht das Potenzial deutlich – ein PKW verbraucht pro km und Person gegenüber der Bahn das rund 4,8fache an Energie. Die Mobilitätswende muss daher allen voran eine Wende hin zum ÖPNV werden. Die jüngst veröffentlichte Wuppertal-Studie zur Einhaltung des 1,5 Grad Ziels weist den Weg: Die ÖPNV-Kapazitäten sind zu verdoppeln - der Autoverkehr gleichzeitig zu halbieren.

Ein solches Vorhaben ist ambitioniert – Herausforderungen wie der Klimaschutz fordern allerdings auch mutige Entscheidungen.

Um dies zu erreichen, ist ein Bündel an Maßnahmen auf Preis- und Angebotsseite gleichzeitig erforderlich.

Um die Menschen zum Umstieg auf Schiene und Bus zu bewegen, muss



Mobilitätsforum

Berichte zu Januar und Oktober 2020

Für uns als SPD-Kreistagsfraktion liegt im Verkehr ein maßgeblicher Faktor zur Zukunftsfähigkeit unserer Region - diesen bezahlbar und für alle verfügbar zu machen, stärkt den Klimaschutz aber ist ebenso ökonomisch und sozial geboten.

In zwei Veranstaltungen startete in 2020 das Mobilitätsforum der SPD-Kreistagsfraktion. Zum Auftakt im

der ÖPNV auch preislich attraktiv sein. Zudem gilt: Die (Alltags-)Mobilität des Einzelnen darf nicht zur Frage der sozialen Leistungsfähigkeit werden. Sozial gerechte Klimapolitik schließt zwingend eine Bezahlbarkeit der Verkehrsalternativen mit ein.

Darum erneuern wir unsere Forderung nach einem regionsweiten 365-Euro-Ticket. Wir bitten die Kreisverwaltung zu berichten, wie weit der Antrag beim Bund für ein solches Modellprojekt im VVS gediehen ist. Unabhängig davon wollen wir mit unserem Antrag zum School-Aboden Einstieg in ein 365-Euro-Ticket im kommenden Jahr vornehmen. Eltern werden spürbar entlastet, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit gefördert. Nicht zuletzt wollen wir gegenüber der Landeshauptstadt, die das rabattierte Ticket bereits einführte, nicht ins Hintertreffen geraten.

Die Mobilitätswende kann jedoch nicht allein in den Händen der Kommunen liegen. Die Finanzierung des ÖPNV muss einer vollständigen Neubetrachtung unterzogen werden. Neue Konzepte sind gefragt: In Wien hat sich die zweckgebundene Verwendung von Mitteln aus der Parkraumbewirtschaftung oder von Einnahmen aus erhöhten Beförderungsentgelten bewährt. Auch die Idee einer gesetzlich verankerten Nahverkehrsabgabe oder einer City-Maut halten wir für denkbar.

Januar 2020 sammelten rund 20 Teilnehmende im kath. Gemeindehaus in Nürtingen Aspekte, die sie bei der Mobilitätswende für wichtig halten. Das zweite Forum erfolgte digital im Oktober zur E-Mobilität mit Dr. Tobias Buchmann als Experte und Referent. Für uns als Fraktion sind diese Foren eine gelungene Möglichkeit sich auszutauschen und Impulse für die Fraktionsarbeit zu gewinnen.

Daher wollen wir das Forum auch in 2021 fortsetzen. Im Mittelpunkt steht in diesem Jahr der Nahverkehrsplan. Ansprechpartner der SPD-Kreistagsfraktion sind Steffen Weigel und Michael Medla.

Besuch im Freilichtmuseum zum 25. Jubiläum

Delegation der SPD-Kreistagsfraktion besucht die Einrichtung und das neu eröffnete Erlebnis- und Genusszentrum

Eine Delegation der SPD-Kreistagsfraktion besuchte das Freilichtmuseum in Beuren aus Anlass des 25. Jubiläums. 1995 wurde das Museumsdorf eröffnet. Passend zum Jubiläum kam mit dem ehemaligen Tanzsaal aus Geislingen ein Sorten- und Genusszentrum hinzu, in dem gerade die alten Sorten (auch kulinarisch) erfahrbar gemacht werden sollen. Die Fraktion dankt Museumsleiterin Steffi Cornelius für ihre Führung und ihren unermüdlichen Einsatz für das Museum!



Schwerpunkt: Digitale Transformation - Unterstützung der Bildungseinrichtungen

Auszug aus der Haushaltsrede

„Neuland“ ist leider noch immer die Metapher für Digitalisierung in Deutschland. Passender wäre allerdings: Digitales Ödland. Deutschland ist international abgehängt. Die Pandemie macht dies deutlich spürbar. Das Home-Office scheitert viel zu häufig bereits an der Datenverbindung. Deshalb fordern wir zeitnah einen Bericht des Zweckverbands Breitband zum Ausbaustand.

Erheblichen Bedarf sehen wir bei unseren Schulen. Das „System Schule“ wird nicht mehr in die Zeit vor Corona zurückkehren. Der Weg zur Digitalisierung ist vorgezeichnet. Diesen Weg müssen aber auch alle mitgehen können. Niemand darf abgehängt werden, weil zuhause die Netzverbindung zu schlecht ist – oder weil Lehrkräfte zwar mit modernen Geräten ausgestattet sind, aber es an der technischen Betreuung fehlt.

Dabei haben wir nicht nur unsere Kreisschulen im Blick, sondern alle Schulen im Landkreis. Im Sommer haben wir bereits vorgeschlagen, das Kreismedienzentrum zu einer Digitalisierungsagentur auszubauen. Dies ist not-

Antrag: Digitalisierungsagentur

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion | 11.07.2020

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt:

1. Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, den Bedarf an personeller Unterstützung in der Umsetzung der Digitalisierung durch die Kommunen, insbesondere bei der Ausstattung der Schulen, sowie der Umsetzung des Digitalpakts, abzufragen.
2. Die Verwaltung prüft die Gründung eines gemeinsamen Zweckverbands (oder einer anderen Rechtsform), in dem bestehende Kompetenzen gebündelt und die Form der Finanzierung geklärt werden können.

Begründung: Covid-19 führte uns noch einmal auf erschreckende Art und Weise vor Augen, wie hoch der Nachholbedarf hinsichtlich der Digitalisierung ist. Schulen, Verwaltungen, Einrichtungen mussten binnen kürzester Zeit – oftmals hand-

wendig, wenn die Digitalisierung erfolgreich vor Ort funktionieren soll. Insbesondere kleinere Kommunen können als Schulträger eine Betreuung nicht allein stemmen. Dass dabei das Land finanziell ins Boot muss, ist völlig klar – hier haben Sie unsere volle Unterstützung, Herr Landrat. Wenn Sie es selbst aber ernst meinen mit der von Ihnen viel beschworenen Partnerschaft des Kreises mit seinen Kommunen, dann sollten Sie die kleineren Kommunen an dieser Stelle nicht allein lassen. Wir können es uns nicht mehr leisten vor Ort zu warten, bis es bei diesem politischen Grundsatzstreit auf Landesebene eine Lösung gibt.

Apropos Landesebene: Krisen bieten die Chance, effektives Management zu beweisen, sich als Macherin in Szene zu setzen: Die Kultusministerin beweist das Gegenteil – vornehm ausgedrückt. Man könnte auch von einem heillosen Durcheinander im Kultusministerium sprechen. Ob das dem Unvermögen der CDU-Ministerin, dem vorgezogenen Wahlkampf Frau Eisenmanns oder anderen Gründen zu verdanken ist, kann und darf jede und jeder selbst entscheiden. Die Leidtragenden sind allerdings klar: die Schulen und alle dort Betroffenen.

gestrickte – Lösungen erarbeiten. Aus der Krise wollen wir lernen und insbesondere Insellösungen vermeiden, indem im Landkreis Esslingen gemeinsam an Lösungen gearbeitet wird.

Vor dem Hintergrund des Digitalpakts für die Schulen, aber auch der Digitalisierung der Verwaltungen selbst, wollen wir – insbesondere für die kleineren Kommunen des Landkreises – eine Vernetzungs- und zentrale Unterstützungsmöglichkeit ins Spiel bringen. Damit nicht jede Kommune oder Schule (mit ihrem Schulträger) eigene Konzepte und Strategien entwickeln muss, wollen wir Kompetenzen in einer landkreisweiten Vernetzung bündeln („Digitalisierungsagentur“ des Landkreises). Dadurch wollen wir eine beschleunigte Digitalisierung der Schulen in unserem Landkreis unterstützen.

Zwischenstand: Der Kreistag folgte dem Ansinnen nicht, allerdings wird die Verwaltung das Kreismedienzentrum zur digitalen Beratungseinrichtung stärker ausbauen.

Besuch der neuen Albert-Schäffle-Schule

Delegation der SPD-Kreistagsfraktion besucht den Neubau der ASS und verabschiedet Schulleiter Gundelsweiler



Das jüngst fertiggestellte energetisch beachtenswerte Schulgebäude wurde im Verfahren Planen & Bauen in hervorragender Bauzeit

abgeschlossen. Die knapp unter 30 Mio. € Baukosten ermöglichen der kaufmännischen Schule eine hervorragende Zukunft - auch vor dem Hintergrund der digitalen Herausforderungen für die berufliche Bildung. Gleichzeitig verabschiedete die Fraktion bei ihrem Besuch Schulleiter Thomas Gundelsweiler, der die Leitung in die Hand seines bisherigen Stellvertreters übergibt.

Schwerpunkt : „There ist no planet b“ – die sozial-ökologische Wende vor Ort angehen

Auszug aus der Haushaltsrede

Auch in der aktuellen Krise dürfen wir allesamt nicht vergessen, dass hier eine noch viel größere Herausforderung auf uns wartet. Corona ist ein laues Lüftchen, verglichen mit dem Orkan, der uns durch den Klimawandel droht - und zwar auf Dauer!

Wir müssen endlich das Ruder herumreißen! Dass dies noch gelingen kann und wir angesichts der erforderlichen Veränderungen nicht einfach den Kopf in den Sand stecken sollten, zeigen neue Studien auf¹. Die sozial-ökologische Transformation ist eine Chance – sie bietet unserer innovativen Wirtschaft die Gelegenheit, einen globalen technologieaffinen Zukunftsmarkt zu erobern.

Diese Herausforderung gelingt aber nur gemeinsam - wenn alle am gleichen Strang ziehen - der hier heißt: 1,5 Grad Ziel, wie ihn das Pariser Klimaabkommen vorgegeben hat. Das verbleibende CO₂-Budget ist bei unserem gegenwärtigen ökologischen Fußabdruck allerdings bereits Anfang des nächsten Jahrzehnts aufgebraucht – spätestens.

Wir müssen nicht erst 2050 klimaneutral wirtschaften, sondern deutlich früher um die rechtsverbindlichen Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen. Maßgeblich ist also so schnell wie möglich, so wirksam wie

möglich zu handeln. Umso rascher die Reduktion erfolgt, umso leichter werden unsere Anstrengungen. Erfüllen wir dies nicht, trifft es allen voran andere, ärmere Länder. Globale Verantwortung ist gefragt.

Mit Sorge blicken wir daher auf die Entwicklungen in unserem Landkreis: Betroffen macht uns, dass wir uns im Landkreis nicht an diesem 1,5 Grad Ziel orientieren – nicht einmal als rechnerischer Vergleichswert. Halten wir den Kurs, müssen andere - auch weniger leistungsstarke Regionen, noch stärker zur Reduktion beitragen. Wenig Verständnis haben wir auch dafür, dass auf eine begleitende Beteiligung von Expert:innen verzichtet werden soll.

Wir sind überzeugt, dass beide Entscheidungen falsche Signale senden.

Trotzdem unterstützen wir nachdrücklich alle Bestrebungen, nun rasch die Grundlagen zu schaffen (Stichwort: Klimaschutzagentur) und konkrete Maßnahmen anzugehen.

Als Lichtblick bleibt, dass der Klimaschutz bei allen zukünftigen Maßnahmen stets im Blick bleibt. Das gewährleistet das zukünftige Prüffeld auf Klimarelevanz. Wir freuen uns, dass unser Antrag hierzu positiv aufgegriffen wird.

Erfolgreicher Antrag: Beibehalten der wöchentlichen Bioabfallentsorgung!

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion | 22.05.2020

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt:

1. Der AWB verhandelt unverzüglich mit den Vertragspartnern der Müllentsorgung (Fa. Remondis, Fa. Alba, Fa. Scherrille und Fa. Heilemann) des Landkreises mit dem Ziel, spätestens ab Juli eine gemeinsame wöchentliche Biomüllabfuhr aller Städte und Gemeinden im gesamten Landkreis zu gewährleisten.
2. Es wird um zeitnahen Bericht über die Ergebnisse der Verhandlungen im kommenden ATU bzw. in schriftlicher Form an die Mitglieder des Kreistags gebeten.

Begründung: In seiner Sitzung am 14. Mai 2020 beschloss der ATU auf die wöchentliche Biomüllabfuhr im Zeitraum Juni bis September zu verzichten. Erst im Nachgang zur Entscheidung hat sich in mehreren Gesprächen herausgestellt, dass eine wöchentliche Biomüllabfuhr durchaus möglich sein kann. Hierzu muss ein gemeinsames Vorgehen aller Vertragspartner der Müllentsorgung erfolgen.

Bereits im Spätsommer 2019 kam es zu erheblichen Schwierigkeiten der vertraglich geschuldeten Biomüllabfuhr. Damals gab es auf Anfrage des AWB bereits ein Angebot einer Firma, das allerdings seitens des AWB

nicht angenommen wurde.

Die SPD-Kreistagsfraktion vermisst seitens des AWB Bemühungen auf weitere Partner zuzugehen. Die

SPD-Kreistagsfraktion erachtet es als unabdingbar, einen derartigen Schritt zu gehen. Nach Gesprächen ist davon auszugehen, dass den Vertragspartnern der Müllentsorgung die Bereitschaft besteht, in einem gemeinsamen Vorgehen die wöchentliche Biomüllabfuhr in allen Städten und Gemeinden des Landkreises auskömmlich zu gewährleisten. Anfragen bei Leihfirmen bestätigen durchaus, dass eine Vermittlung von Fahrer und Team sehr gut möglich ist. Zum Zeitpunkt der Entscheidung war dieser Sachverhalt leider nicht bekannt. Im Interesse der Bevölkerung ist daher der AWB zu beauftragen wie dargestellt zu verhandeln.



Klimaschutzkonzept

Auszüge aus der Rede zur politischen Bewertung des IKK | 23.07.2020 Michael Medla, Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrte Damen und Herren, wissen Sie welcher wichtige Tag am 15. März 2020 war? Nein? Dann geht es Ihnen wohl auch nicht anders wie einem Großteil unserer Bevölkerung. Und gerade dies ist ziemlich dramatisch.

Einige von Ihnen vermuten – nicht ganz falsch – einen der letzten Tage vor dem Corona-Lockdown. Aber auch wenn die Pandemie jenes andere Thema praktisch vom Tisch fegte, steht das Datum für einen noch wichtigeren Tag: Der 15. März 2020 ist der Tag, an dem wir in Deutschland das uns für ganz 2020 zustehende CO₂-Budget verbraucht haben. Diese Zahlen basieren auf der Position des Umweltschutzes der Bundesregierung; nicht auf der Position einzelner Institute, die wie in der Sitzungsvorlage alle Emissionen der Vergangenheit der Industrienationen mit einbeziehen.

Warum ist das Budget so wichtig? Die internationale Staatengemeinschaft hat sich mit dem Pariser Klimaschutzabkommen für eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad ausgesprochen. Zu groß wären andernfalls die weltweiten Folgen, die gerade arme Länder am härtesten treffen würden. Deutschland steht nach den darauf basierenden Berechnungen max rund 1,7 Tonnen CO₂ pro Person und Jahr zur Verfügung.

1,7 Tonnen CO₂ pro Person und Jahr - das steht im krassen Gegensatz zu unserem gegenwärtigen Verbrauch von rund 10 Tonnen CO₂ pro Einwohner in Deutschland bzw. 8 Tonnen im LK Esslingen. Dieser Wert ist kein Zielwert für 2030 oder gar 2050, wie es auch in unserem Klimaschutzkonzept formuliert wird, sondern das verbleibende Budget seit gestern, seit Beschluss des Abkommens.

Und ich möchte Ihnen das noch einmal anhand einer Zukunftsprognose verdeutlichen: Bleiben wir bei unserer bisherigen linearen Reduktion des CO₂-Ausstoßes⁴ so ist unser Budget bereits 20325/20356 aufgebraucht. Alle weiteren Emissionen müssten anderweitig – oder von anderen kompensiert werden. Um es etwas plakativer auszudrücken: Wenn wir in Deutschland unseren Kurs halten, muss ganz Afrika, rund 1 Milliarde Menschen, von heute bis 2050 weniger als 1,4 Tonnen Emissionen ausstoßen, um unseren erhöhten Verbrauch zu kompensieren.

Wir müssen also nicht erst 2050 klimaneutral wirtschaften, sondern deutlich früher um die rechtsverbindlichen Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen. Maßgeblich ist also so schnell wie möglich, so wirksam wie möglich zu handeln. Große CO₂-reduzierende Maßnahmen und Investitionen müssen sofort angegan-

gen werden. Umso rascher die Reduktion erfolgt, umso leichter werden unsere Anstrengungen.

Erfüllen wir dies nicht, trifft es allen voran andere, ärmere Länder unseres Planeten. Das macht den Klimaschutz global zu einer äußert sozialen Frage. Unter diesem Maßstab blicken wir auf die gegenwärtigen politischen Maßnahmen und begrüßen ausdrücklich, dass der Neustart der Wirtschaft in der EU mit massiven Investitionen in die sozial-ökologische Wende verbunden sein wird.

Unter diesem Maßstab blicken wir aber auch auf den Landkreis Esslingen – und unser eigenes „lokales Klimaschutzpaket“. Wir begrüßen die Initiative der Verwaltung das integrierte Klimaschutzkonzept auf den Weg zu bringen und allen voran durch die neue Klimaschutzagentur den Kommunen, der Wirtschaft und Bevölkerung Unterstützung bei den notwendigen Schritten zu bieten.

Gerade im automotiv geprägten Landkreis Esslingen brauchen wir ein beherztes und mutiges Vorgehen. Ambitionierte Ziele stehen mit kluger Wirtschaftspolitik nicht im Widerspruch. Hier sahen wir schon in den Haushaltsberatungen „noch Luft nach oben“. Darum stellten wir (als einzige Fraktion) von Beginn an begleitende Fragen und Anträge; drängten auf eine Beteiligung der politischen Gremien.

Wir sind ehrlich: bis heute blieb eine erhoffte positive Entwicklung aus.

Daher fordern wir auch heute an zwei Stellen Nachbesserungen:

- (1.) Ergänzung um ein drittes reales Szenario (...)
- (2.) Beteiligung (...)

Ich komme zum Schluss: Mit dem IKK erfolgt ein erster Aufschlag. Der Landkreis schafft die Grundlagen, um die sozial-ökologische Wende anzugehen. Damit allein ist es selbstverständlich noch nicht getan. Jetzt beginnt die eigentliche Arbeit.

Das Ziel ist klar: Die schnelle Reduktion der CO₂-Emissionen zur Einhaltung unseres Budgets durch geeignete Maßnahmen voranzutreiben. Damit starten wir auch in den (politischen) Wettstreit um das WIE - die klügsten Ideen, wie unsere sozial-ökologische Transformation gelingen kann. Meine Damen und Herren, Sie dürfen sich gewiss sein: Die SPD-Kreistagsfraktion wird sich diesem gerne aktiv und kritisch-konstruktiv annehmen.

Lebenswelt älterer Menschen

Rede zur Verabschiedung der Integrierten Sozialplanung | 10.12.2020 Sozialpolitische Sprecherin Solveig Hummel



Sehr geehrte Damen und Herren,

Als klar war, dass ich zu diesem Tagesordnungspunkt rede, dachte ich, mh! 277 Seiten in 3 Minuten, eine Herausforderung und nicht sehr motivierend. Dann begann ich zu lesen und siehe da! Es war eine spannende Lektüre, ein Konzept, mit dem alle, die auf diesem Gebiet arbeiten, Daten, Fakten Ideen und ganz praktische Anregungen bekommen, mit denen sie grundlegend ihre so wichtige Arbeit aufbauen können. Alle Bereiche sind detailliert untersucht. Ein breiter Beteiligungsprozess. Das Konzept erarbeitet durch bürgerschaftlich Engagierte, Fachleute, Wissenschaftler, Institutionen wie Kliniken, gesteuert durch die Altenhilfeplanung und dem Kreissozialamt in Kooperation mit dem KVJS, allen gebührt unser großer Dank für diese Leistung!

Dieses Konzept ist gut gegliedert. Überregionale Statistiken wurden auf den Landkreis heruntergebrochen. Am Ende Fazit von Experten, dann daraus Handlungsempfehlungen, die aus meiner Sicht noch weit über die nächsten 10 Jahre tragen werden, wenn sie denn alle umgesetzt werden können.

Der Blick geht weit über den Landkreis, holt Ideen aus fernen Ländern wie Australien beim Thema Gesundheit zur Vernetzung von Ärzten, Pflege, Assistenten, Kommunen und listet auf, wo im Landkreis das auch schon umgesetzt wird.

Besonders beeindruckt haben mich 2 Bereiche, die uns schon lange begleiten in verschiedenen Ausschüssen: einmal das Thema altersgerechter Wohnraum mit unterschiedlichsten Wohnformen und Betreuungen, aber auch Versorgungsmöglichkeiten, soziale Teilhabe und Mobilität.

Hier taucht das Thema Altersarmut auf, das besonders Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund be-

trifft, wegen kürzerer Erwerbszeiten oder geringerer Qualifikation und auch die hohen Mieten, die dafür sorgen, dass das Einkommen nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu decken. Ein Thema, das die SPD umtreibt.

Aufgrund der zunehmenden Alterung unserer Gesellschaft wird das Gesundheitswesen sich immer mehr ausdehnen, wird immer stärker differenziert werden müssen, damit eine adäquate Versorgung überhaupt gewährleistet werden kann für unterschiedlichste Zielgruppen. Stichwort kultursensible Altenhilfe, Umgang mit behinderten und geriatrischen Patienten..

Wie schaffen wir Vernetzungen, damit Entlastung stattfindet, wo sich zu viel unnötig ballt wie in unseren Kliniken, wo ungenügende Nachsorge dazu führt, dass Menschen rückfällig werden und wieder dort landen. Wie stärken wir Angehörige, die über 2/3 der privaten Pflege schultern, vor allem die Frauen, die nebenher noch berufstätig sind und daher erschöpft und überlastet sind? Wie nutzen wir Ressourcen, damit nicht zu viel verloren geht an den vielen Schnittstellen der Systeme? Welche Förderprogramme gibt es? Wie binden wir die „Jungen Alten“ ein, die als Ehrenamtliche schon viel Energie einbringen? All diese Fragen werden in der Vorlage gestellt und Antworten gesucht. Qualitativ gute Arbeit bedarf der Unterstützung durch Politik und Zivilgesellschaft.

In 10 Jahren werden einige auch hier im Raum zu den Hochaltrigen gehören, ich auch! Mir wurde bei dieser Vorlage sehr bewusst, dass diese Planung auch mich und meine Familie betreffen wird und es nicht „die anderen“ sind, für die wir diese Planungsarbeit machen. Ich wünsche all jenen, die sich an die Umsetzung machen, den Kommunen, dem Landkreis, allen Fachleuten und den Engagierten in den verschiedensten Bereichen, gutes Gelingen.

Wenn wir die Bedürfnisse älterer Menschen aufnehmen und diesen in den letzten Jahrzehnten ihres Lebens mit Professionalität, aber auch Menschlichkeit begegnen, dann nimmt das die Angst vor dem alt werden und strahlt in die ganze Gesellschaft zurück.

Der integrierte Sozialplan ist auch für die Arbeit in den Ortsvereinen und Gemeinderäten sehr interessant! Er kann online heruntergeladen werden.

Erfolgreicher Antrag: Vorgehen gegen Rechtsextremismus

Gemeinsamer Antrag der SPD und Linke | Haushaltsberatungen 2020

Aus dem Haushaltsantrag der SPD und Linken im Jahr 2019 entwickelte die Kreisverwaltung im November 2021 ein Aktionsprogramm für Demokratie und gegen Extremismus, das als umfassendes Konzept. Wir freuen

uns, dass unser gemeinsamer Antrag mit den Linken durch den Präventionsplan gegen Extremismus und für Demokratieförderung so umfassend aufgegriffen wird. Wichtig ist aber, dass im und durch das Konzept möglichst konkrete Verbesserungen erzielt werden und dass gerade bei diesen Fragen, nicht immer ein eigenes Handeln im Vordergrund, sondern ein Vernetzen der pluralen Landschaft an Einrichtungen und Trägern ausreichend sein darf.

Schwerpunkt: Einsatz gegen Armut und für bezahlbares Wohnen

Auszug aus der Haushaltsrede

Die Teilhabechancen jedes und jeder Einzelnen hängen immer stärker vom verfügbaren finanziellen Spielraum ab. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst – auch im Landkreis Esslingen. Ich möchte deutlich sagen: Niemals darf das Leben in unserer Region von der Größe des Geldbeutels abhängig sein. Unser gesellschaftlicher Zusammenhalt, unsere Demokratie macht gerade in Deutschland eine relative Nähe der Milieus aus, die zunehmend droht, verloren zu gehen.

Erschreckend ist, dass gerade die Kinderarmut in unserem reichen Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen ist: Jedes 5. Kind ist inzwischen von Armut bedroht.

Kinder sind unser aller Zukunft - von ihnen, ihren Talenten und ihren Fähigkeiten- aber ebenso ihren Chancen hängt das zukünftige Wohl unserer Gesellschaft ab. Es liegt in unserer Verantwortung, diese Ausgangschancen für sie, bestmöglich zu gestalten. Um gezielte Ansätze gegen Kinderarmut zu finden, beantragen wir die Erstellung eines Armutsberichts für den Landkreis Esslingen. Auf dieser Basis kön-

nen – gemeinsam mit Partner:innen aus dem Feld – präventive Ansätze zur Vermeidung eines weiteren Abrutschens gefunden werden.

Ein wesentlicher Armutsfaktor liegt im Wohnraum. Wohnraum wird zunehmend zum Luxusgut und für viele Menschen zur existenziellen Frage. Für uns ist das Recht auf Wohnraum aber ein Menschenrecht.

Gerade in Zeiten einer Pandemie erlangen die eigenen Vier-Wände eine besondere Qualität. Spürbar wird, welcher sozialer Sprengstoff in der Verfügbarkeit ebenso wie der Bezahlbarkeit von Wohnraum liegt.

Darum beobachten wir die Mietobergrenzen des Landkreises genau. Die Konzeption sowie die sich daraus ergebenden tatsächlichen Grenzwerte sehen wir von Beginn an kritisch. Die Evaluation ist überfällig, auch rechtlich – wir erwarten, dass diese mehr als nur eine kleine Kurskorrektur mit sich bringen wird.

Bis dahin wollen wir zumindest eine realistische Anpassung der Mietobergrenzen, die der Entwicklung des Wohnungsmarktes auch tatsächlich Rechnung trägt. Der hierzu gemeinsam mit Grünen und Linken eingereichte Antrag für eine pauschale Erhöhung um 5%, liegt Ihnen bereits vor.

Erfolgreicher Antrag:

Angemessene Kosten der Unterkunft nach SGB II und SGB XII

Gemeinsamer Antrag der SPD, Grüne und Linke | 01.12.2020

Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE stellen abweichend zum Antrag vom 15.10.2020 folgenden Beschlussantrag zur Beschlussfassung im Kreistag am 10.12.2020:

1. Die seit 01.08.2018 im Landkreis Esslingen geltenden Mietobergrenzen werden zum Stichtag 01.08.2020 um 3,6 Prozent erhöht.
2. Die Überprüfung der Angemessenheit der KdU im Rahmen des „schlüssigen Konzeptes“ und eine daraus ggf. abgeleitete Anpassung der Mietobergrenzen im Landkreis Esslingen erfolgt spätestens zum Stichtag 01.08.2021.

Begründung: Zum Stichtag 01.08.2018 hatte der Kreis-

tag ein „schlüssiges Konzept“ zur Ermittlung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft nach SGB II und SGB XII beschlossen sowie die Mietobergrenzen (MOGs) angepasst (Vorlage 44/2018). (...)

Die Anpassung der MOGs entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Inflationsrate, wie zum Stichtag 1.8.2020 im Landkreis Esslingen praktiziert, halten wir für nicht ausreichend. Das statistische Landesamt Baden-Württemberg weist für den Zeitraum August 2018 bis Juli 2020 eine Steigerung der Nettokaltmiete im Land Baden-Württemberg um 3,6 Prozent aus. Wir beantragen daher, den zielgenaueren Index der Nettoaltmiete zugrunde zu legen und die Mietobergrenzen um 3,6% zu erhöhen. Der Index bezieht sich allein auf Baden-Württemberg und erfasst zudem nicht den Gesamtwarenkorb, der dem allgemeinen Verbraucherpreisindex zugrunde liegt, sondern erfasst gerade die Wohnkosten.

Der Antrag wurde am 10.12. mit großer Mehrheit im Kreistag beschlossen.



Wir unterstützen die Aktion der Caritas

Einsatz gegen Kinderarmut

SPD-Kreistagsfraktion unterstützt Aktion „Mach dich stark“ gegen Kinderarmut der Caritas.

Jedes 5. Kind in unserem Land ist von Kinderarmut bedroht. Diese erschreckenden Zahlen lassen aufhorchen. Die SPD-Kreistagsfraktion unterstützt daher die Initiative Mach dich stark der Caritas gegen Kinderarmut. Mehr Informationen unter www.mach-dich-stark.net.

Neue Homepage

Die gemeinsame Homepage des SPD-Kreisverbands und der SPD-Kreistagsfraktion ist seit Dezember 2020 fertig geworden. Neu ist insbesondere ein responsives Design - also ein Design, das sich an die verschiedenen Medien anpasst. In den Inhaltsrubriken finden sich zukünftig die Themenforen und Schwerpunktthemen der SPD-Kreistagsfraktion. Einen herzlichen Dank für die Erstellung gilt unserem Geschäftsführer Roland Bühler und Sven Rahlfs, OV-Vorsitzender aus Frickenhausen, für die Erstellung!

Ansprechpartner

Mitglieder des Fraktionsvorstands

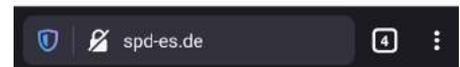
Vorsitzender | Michael Medla
 Stv. Vorsitzende | Sabine Fohler, Nicolas Fink
 Beisitzer | Sonja Spohn, Steffen Weigel
 Kassierer | Klaus Herzog

SprecherInnen:

Verwaltungs- und Finanzausschuss | Steffen Weigel
 Kultur- und Schulausschuss | Christof Bolay
 Sozialausschuss | Solveig Hummel
 Jugendhilfeausschuss | Angelika Matt-Heidecker
 Ausschuss für Technik und Umwelt | Klaus Herzog



**Die SPD im Kreis
Esslingen**



Ausblick auf 2021

Die Pandemie hat auch das Jahr 2021 noch fest im Griff. Daher werden die Veranstaltungen in 2021 bis auf Weiteres digital stattfinden. Neben der Landtags- und Bundestagswahl wird 2021 der inhaltliche Fokus auf den Schwerpunktthemen Mobilitätswende (v.a. 365€-Ticket und Nahverkehrsplanfortschreibung), Klimaschutz, Bezahlbarem Wohnraum (Mietobergrenzen) sowie dem Einsatz gegen Kinderarmut.

Wir wollen Euch herzlich einladen, uns als Fraktion bzw. einzelne Mitglieder zu Mitgliederversammlungen, Fraktion-Vor-Ort Terminen, Stammtischen, Ortsbegehungen oder Marktständen einzuladen. Wir freuen uns euch vor Ort über Themen der Kreispolitik zu informieren und mit euch ins Gespräch zu kommen. Bei Interesse könnt ihr euch jederzeit gerne an uns wenden.

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreistagsfraktion im
 Landkreis Esslingen
 V.i.S.d.P. Michael Medla
 c/o Pulverwiesen 11
 73726 Esslingen am Neckar

Ehrenamtsforum

für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe

SPD-Kreistagsfraktion veranstaltete im vergangenen Herbst erneut ein Austauschforum zur Vernetzung der Ehrenamtlichen im Kreis

Ende November fand anstelle des 5 Jahre Jubiläumstreffs für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe ein digitaler Austausch zur Flüchtlingshilfe in Zeiten von Corona statt. Rund 15 Personen trafen sich online und berieten über die gegenwärtige Situation. In 2021 wird - sobald es Corona zulässt - das Austauschtreffen nachgeholt. Ansprechpartnerin für das Forum ist Solveig Hummel, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion.

Medienhinweis

Herzliche Einladung, einzelne Bausteine des Roten Fadens, unserer Reden und Anträge auf der Homepage oder der Pressemitteilungen angepasst auf eure Gemeinden in euren Orts- und Amtsblättern zu veröffentlichen. Soweit ihr hierzu Unterstützung benötigt, bitten wir um Rückmeldung. Eure Anliegen, sonstige Wünsche und Kritik dürft ihr gerne richten an info@michaelmedla.de oder mobil unter 0178 / 9232552.